

Dieser Beitrag von „Ohne Unterschiede. Für einen fairen Umgang mit Muslimen“ kann gerne als Debatten-Beitrag veröffentlicht werden.

Wenn Journalisten nicht zwischen Äpfeln und Birnen unterscheiden können Mit wenig Aufwand wäre eine differenzierte Berichterstattung möglich gewesen

Bezugnahme auf Sequenzen und Darstellung in der Berichterstattung zur Neuköllner Begegnungsstätte NBS in der ARD-Reportage „Geld.Macht.Katar“ und auf Printberichte z.B. <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/katar-moscheen-deutschland-101.html>, aufgenommen in der Wochenzeitung „Die Zeit“, weitergeführt nun im „Tagesspiegel“-Artikel von Herrn Bartosz unter dem Titel: „Allianz für die Muslimbrüder. Katar kofinanziert bekannte Berliner Moschee“ und in der „Berliner Zeitung“ unter dem Titel „Katar-Millionen könnten an Berliner-Moscheen geflossen sein“.

1. Einführung

Gerade die jüngste Berichterstattung im „Tagesspiegel“ ist ein Beispiel, wie aus Mutmaßungen und Assoziationsketten aus einem Filmbericht Tatsachenbehauptungen werden, ohne selbst diese Mutmaßungen durch eigene Recherche überprüft und eingeordnet zu haben. Schon die reißerische Überschrift ist äußerst befremdlich. Konkret: Was im Filmbericht von Herrn Adamek (und Partner:innen) noch vage mit Konjunktiv-Formulierungen und Mutmaßungen formuliert wird, beflügelt Herrn Bartosz zu Tatsachenbehauptungen. Dabei wären **weniger skandalträchtige Überschriften als vielmehr differenzierte Blickwinkel** nötig.

Auch die „Berliner Zeitung“ übernimmt die Aussagen des Filmberichts ohne eigene Prüfung. Auch wenn die Formulierung durch die Verwendung des Konjunktivs mehr eine Vermutung nahelegt, legt der Bericht nahe, dass es doch tatsächlich so ist wie behauptet. Der Klassiker: A behauptet etwas in einem Film, B und C zitieren es in ihrer Zeitung, später wird sich dann D auf A, B und C berufen und daraus zitieren – und dann haben es ganz viele gesagt – und dann muss es ja stimmen – es ist ja schon woanders geschrieben worden.

Vermutlich dürfte auch dem „Tagesspiegel“, der „Berliner Zeitung“ sowie dem recherche-Team der ARD bewusst sein, dass es seit Jahren zunehmend aufgeheizte und polarisierende Debatten zu Fragen gibt wie denen, ob „der Islam zu Deutschland gehöre“, ob Muslime und Musliminnen hier integrationsfähig seien, ob Islam und Demokratie vereinbar seien, ob es einen Zusammenhang zwischen Islam und sexueller Gewalt gebe, ob die Zuwanderung von Flüchtlingen unser „Islamproblem“ nicht verschärfe usw. Muslimische Menschen und Institutionen stehen immer stärker unter Rechtfertigungsdruck; selbst der Liberal-Islamische Bund. Sollte es nicht in solch einer Situation Aufgabe eines verantwortungsbewussten öffentlich-rechtlichen Journalismus sein, die Stimmung nicht noch weiter aufzuheizen, sondern durch differenzierte, sachliche und sorgfältig recherchierte Berichterstattung dagegenzuhalten, Aussagen besonders gründlich zu überprüfen und sich im Zweifel wissenschaftlicher Expertise zu versichern?

Der Schaden, den solch eine Berichterstattung gerade für die offenen, an Dialog interessierten Moscheegemeinden anrichtet, ist immens. Das befördert eine hochproblematische Verdachts- und Misstrauenskultur, zum Beispiel gegenüber einer Person oder Organisation, die sich ausdrücklich zur demokratischen Grundordnung und Verfassung bekennt wie die „Neuköllner Begegnungsstätte“ (NBS). Genau deswegen sollte man besonders sorgfältig recherchieren, bevor man sich öffentlich äußert.

Die Behauptung einer „Nähe zur Muslimbruderschaft“ wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder aus dem Netz oder aus dem redaktionsinternen Archiv gefischt und dann gern noch verallgemeinert. Doch auch die jahrelange Wiederholung macht eine Aussage nicht wahrhaftiger.

Zwei Beispiele aus dem aktuellen Artikel:

1. Anders als Herr Bartosz in seinem „Tagesspiegel“-Artikel behauptet, gilt die Neuköllner Begegnungsstätte“ unter Gläubigen gerade nicht als Treff von Anhängern der Muslimbrüder – im Gegenteil muss der Im der Moschee, Taha Sabri, aufgrund seiner kritischen Haltung dazu immer wieder von eigenen Sicherheitsleuten geschützt werden, weil er sich gegen Extremismus und für eine offene Gesellschaft engagiert. Aus eigenen langjähriger Erfahrungen in der Zusammenarbeit vor Ort können wir sagen: Die größte arabische Moschee in Berlin leistet seit vielen Jahren eine vorbildliche Integrationsarbeit gerade mit Geflüchteten aus den arabischen Ländern. Zusammen mit der

„Landeszentrale für politische Bildung“ bietet sie immer wieder Veranstaltungen, Diskussionsforen und Begegnungsformate mit Politiker:innen an. Dabei geht es um demokratische Bildung, um den Einsatz für ein friedliches Miteinander aller Menschen, für Demokratie und gesellschaftliches Engagement. Sie leistet diese vorbildliche Arbeit vornehmlich ehrenamtlich und aus Eigenmitteln durch ihre Mitglieder und die Moscheebesucher:innen, ohne staatliche Förderung oder ausländische Gelder zu erhalten.

2. Sachlich unangemessen ist es daher, die NBS zu „Katar-Verbündeten“ zu stilisieren. Wenig Sachkenntnis zeigt auch der immer wieder ins Feld geführte „Rabia“-Gruß aus dem Jahr 2013. Im Kontext des Blutbades des ägyptischen Militärs auf dem Rābi‘a-al-‘Adawiyya-Platz in Kairo sind damals wohl über 1.000 Menschen von den Sicherheitskräften umgebracht worden. Ausländische Journalist:innen sprachen von gezielten Schüssen der Soldaten auf sich und Kolleg:innen, von willkürlichen Verhaftungen und Folterungen. Unter den Toten waren auch zahlreiche Verletzte, die gerade zur Krankenstation gebracht werden sollten, daher auch zahlreiche Ersthelfer:innen und Ärzt:innen. Das „Rabia-Zeichen“ haben damals weltweit Menschen aller Religionen, Gläubige wie Atheist:innen, Intellektuelle und Künstler:innen gemacht, die die „Muslimbruderschaft“ sonst vehement ablehnen, weil sie gegen das brutale Vorgehen des ägyptischen Militärs protestieren wollten, gegen die Diktatur und die Verletzung der Menschenrechte. Die Assoziationskette wer das „Rabia-Zeichen 2013 gezeigt hat, sei Muslimbruder“ ist absolut kurzschlüssig.

Es wäre entsprechend hilfreich, sich mit der Materie mehr vertraut zu machen. Wir denken, nicht nur der „Tagesspiegel“ könnte einen gewichtigen Beitrag zur Versachlichung des gesellschaftlichen Klimas leisten, wenn es statt Unterstellungen einmal einen gut recherchierten Bericht über die tatsächlichen Aktivitäten dieses Moscheevereins gäbe.

Es scheint uns daher geboten, nun noch einmal die sachlichen Hintergründe genau aufzuarbeiten – jenseits von Verdachtsäußerungen und Mutmaßungen, die dann leicht zu Falschaussagen führen können.

2. Zum jüngsten Filmbericht aus der ARD

Eines lässt sich sicher sagen: Herr Adamek bleibt dran – seit Jahren hat er sich auf die NBS, die Neuköllner Begegnungsstätte in Berlin, fokussiert und versucht nachzuweisen, dass diese Moschee ideologisch den Muslimbrüdern nahestehe. Da passt es gut, wenn aufgezeigt werden könnte, dass die NBS aus Qatar direkt Geld erhalten habe, einem Land, das immer wieder in Verbindung mit der Muslimbruderschaft gebracht wird. Objektiv konnte keine substantielle Verbindung der „Neuköllner Begegnungsstätte“ aufgezeigt werden. So arbeitet der aktuelle Filmbeitrag auch mit vielen Konjunktiven und „so könnte es sein“ – Formulierungen – und das gerade von Personen, die es eigentlich besser wissen könnten und daher differenzierter schreiben müssten.

Um nicht missverstanden zu werden: Kritische Berichterstattung ist notwendig und legitim. Und jede Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft ist aufgefordert, selbstkritisch gegenüber menschenverachtenden Aspekten innerhalb der eigenen vielfältigen Traditionen zu sein. Ein Blick auf die Medienberichterstattung über muslimische Gemeinden, insbesondere gegenüber der NBS in Berlin zeigt allerdings auch, wie schnell aus kritischen Anfragen abschließende Urteile oder gar (Vor-) Verurteilungen werden können.

Der entscheidende Kritik-Punkt in Bezug auf die Berichterstattung zur NBS in diesem Filmbeitrag: Verschiedene Ebenen werden nicht auseinandergelassen – und weil das geschieht, verschwimmt die Wirklichkeit und gibt dem Bericht einen tendenziösen Anstrich:

1. Ebene: Im Jahr 2007 hat der „Verband interkulturelle Zentren“ VIZ e.V. das Gebäude gekauft. Es gehörte der Neuapostolischen Kirche, so dass auch ein Kirchengebäude auf dem Grundstück steht. Diese Kirche wurde zu einer Moschee umgestaltet.

Die NBS hat zur Zeit des Kaufes noch nicht existiert. Das geschah 2007 – also vor 15 Jahren!

2. Ebene: Es ist nach islamischer Lehrmeinung eine besonders spirituelle und von Gott anerkannte Weise, Geld für den Moscheebau, für einen Gebetsraum zu spenden. Das wird als ein besonders gutes Werk bei Gott angesehen. Daher gibt es viele Spenden für derartige Projekte, die im Islam spirituell eine große Bedeutung haben. Auf diesen Spenden liegt ein großer Segen. Dem, der Geld für einen Moscheebau gibt, geht es um den Bau einer Moschee – er oder sie weiß nicht unbedingt, wer dann später der Betreiber sein wird.

Das Wichtige ist daher die Unterstützung für einen Moscheebau, nicht welche Institution, welcher Verein später die Moschee führt. Diese muslimisch bedeutsame Grundlage würde in einem gut recherchierten Artikel selbstverständlich aufgeführt werden, um einer islamisch nicht besonders kenntnisreichen Leserschaft diese wertvolle Information zu geben. Dies nicht zu tun, zeigt entweder die Unkenntnis islamischen Lebens oder eine mangelnde Recherche.

3. Ebene: Erst einige Zeit nach dem Kauf des Grundstückes wurde die NBS Betreiber der Moschee, indem sie einen Mietvertrag und dann einen Pachtvertrag mit VIZ abschloss. Das ist auch Herrn Adamek schon lange (vor 2017) bekannt und stellt daher keine neue Information dar.

4. Ebene: Die NBS als Betreiber der Moschee dankt durch Imam Taha Sabri in einem Interview den Spendern für den Moscheebau – das ist üblich und eine wertschätzende Aussage im Sinne des islamischen Lebens.

Auf diesem Hintergrund wird die problematische und verzerrende Darstellung dieses Filmberichtes erkennbar:

a. Im Filmbeitrag und in der „Tagesschau“ wird dies ebenso nicht deutlich herausgearbeitet und dargestellt wie in der Wochenzeitung „Die Zeit“. Das Bild- und Textmaterial, verbunden mit Suggestiv-Fragen und Vermutungen, lässt – man mag vermuten: absichtsvoll und bewusst – die Vermischung der verschiedenen Ebenen zu. Das zeigt sich auch an den auf den Film Bezug nehmenden Zeitungsartikeln (oft mit Verwendung eines Bildes der Moschee der NBS über dem entsprechenden Artikel und der Texte): Darin wird der Betreiber der Moschee, die NBS, mit dem Käufer fast gleichgesetzt und damit unterstellt, die NBS habe Geld aus Qatar bekommen. Das ist aber nicht der Fall.

b. In dem Filmbericht gibt es zwei relevante Ausschnitte, die diese Vermischung anschaulich machen:

Beim 1. Abschnitt bezieht sich die Frage auf die Finanzierung der NBS. Hier antwortet Imam Taha Sabri wahrheitsgemäß, dass die Moschee von ihren Mitgliedern und Besuchern lebt.

Beim 2. Abschnitt, dem arabischen Videoausschnitt, bedankt er sich für die Mitfinanzierung des Moscheekaufs. Da geht es nicht (!) um die Finanzierung der Arbeit der NBS.

Der Filmbeitrag stellt daraufhin durch die Sprecher verschiedene Suggestiv-Fragen, die einen Widerspruch bei den Äußerungen von Imam Taha Sabri unterstellen: Einmal sage er, er habe keine Gelder aus Qatar bekommen, das andere Mal zeige er sich dankbar, dass Geld aus Qatar geflossen sei. Zusätzlich wird dadurch unterstellt, dass den Muslim:innen nicht zu trauen sei: denn bei uns reden sie was anderes als im arabischen Kontext. Dieses rassistisch-gesellschaftliches Vorurteil wird durch den Bericht verstärkt, statt dieses in Frage zu stellen.

Der VIZ hat Spenden für den Kauf des Grundstückes sowie für den Umbau zur Moschee von unterschiedlichen Personen bekommen, wohl auch von Menschen aus Qatar (ein Beleg dazu ist bisher nicht – auch schon 2017 nicht – vorgelegt worden, es gibt nur Statements dazu). Es ist von daher natürlich angemessen, dass sich auch ein Betreiber für den Moscheebau bedankt und für die Menschen, die dafür Geld gegeben haben.

Diese Vermischung der Ebenen ist unseriös: Denn wo liegt da der Widerspruch? Es handelt sich um zwei ganz unterschiedliche Themen. Zum einen: Wie kann die Arbeit in der Moschee finanziert werden? (1. Video-Ausschnitt), zum anderen: Wer hat den Kauf des Grundstückes und den Moscheebau finanziert? (2. Video-Ausschnitt). Da werden Äpfel mit Birnen verglichen ...

So kommt es noch zur

5. Ebene: Die Interviewanfrage: Darin wird die NBS gefragt, ob der VIZ Geld aus Qatar bekommen habe. Die NBS antwortet klarstellend: dass man sich mit der Anfrage an den VIZ selbst wenden müsse. Im Filmbeitrag steht dann allerdings die NBS im Vordergrund, obwohl nach eigener Recherche von Herrn Adamek der VIZ der Käufer gewesen ist. Die Antwort der NBS wird dann im Filmbericht so ausgelegt, dass Interviewanfragen nicht beantwortet werden – und die Sprecherin fragt dann, warum wohl so sei – und suggeriert, dass die NBS nicht auf heikle Fragen antworten wolle. Niemand der Zuhörer:innen weiß aber, dass die Anfrage ganz anders gestellt worden ist.

Zusammenfassend gesagt:

Nur wenn man sehr, sehr aufmerksam zuhört und die Zusammenhänge kennt, können kundige Hörer:innen die verschiedenen Ebenen erahnen. Das Bild- und Interviewmaterial, das verwendet wird, unterstellt, Imam Taha Sabri würde nicht die Wahrheit sagen. Die NBS wird zitiert, das Bild der NBS-Moschee steht zu Beginn – und damit werden die Leser:innen dahingehend beeinflusst zu denken, die NBS habe Geld aus Qatar bekommen – auch wenn der Imam etwas anderes sagt. Die Absicht ist deutlich: Aus einem Satz der Dankbarkeit gegenüber Spender:innen für eine Moschee, der nicht einmal der NBS gehört, sondern die sie gepachtet hat, wird geschlossen: „Aha, doch Geld von Qatar bekommen, also gibt es doch Abhängigkeiten zur Muslimbruderschaft“. Und das ist ja das fokussierte Ziel von S. Adamek seit Jahren: endlich der NBS nachweisen zu können, sie sei Teil der Muslimbruderschaft.

Man kann sich des Eindrucks nicht entziehen, dass Herr Adamek (mit Partner:innen) mit seinem fest geprägten Vor-Urteil, das er bereits seit Jahren pflegt, diesen Filmbericht machen wollte. Mit investigativem Journalismus hat das nichts zu tun. Zu erkennbar sind für die Kenntnisreichen die zahlreichen Ungenauigkeiten und Vermischungen der oben angesprochenen Ebenen. Herr Adamek (und Partner:innen) wiederholen mehr oder weniger die alten Unterstellungen von 2017, ohne substantiell Neues zu bieten. Als Aufhänger dient ihm die WM in Qatar und die Verbindungen von Bayern München und Autokonzernen, die ebenfalls bereits lange bekannt sind und ebenfalls nicht wirklich Neues bieten. Es wirkt frei nach dem Motto: „Es ist schon alles von allen gesagt, nur noch nicht von mir“. Es ist zudem kein Geheimnis: Die in der Gesellschaft bestehenden Vorurteile gegenüber Islam und Muslim:innen zu bedienen verkauft sich gut.

Und das führt dann zu Beiträgen wie dem von Herrn Bartosz im „Tagesspiegel“, der ohne eigene Recherche vor Ort aus diesen Assoziationsketten zusammen mit zahlreichen Versatzstücken aus den redaktionellen Archiven etwas zusammenschreibt. Mit wenig Aufwand wäre eine differenzierte Berichterstattung möglich gewesen.

Vgl. dazu schon 2017 (!) – Herr Adamek müsste also die Sachlage vertraut sein. Umso verwunderter sind wir, dass sich das nicht in der Berichterstattung niederschlägt, sondern der Bericht bei seinen vagen Vermutungen und Assoziationen bleibt. Schon damals hat die NBS dazu Stellung genommen:

<https://www.nbs-ev.de/index.php/presse/63-rbb-versucht-sich-mit-sensationellen-enthuellungen>

*„Zum Artikel vom 18.07.2017 rbb-online - Neue Erkenntnisse - Neuköllner Begegnungsstätte steht im Verfassungsschutzbericht: Jede einigermaßen suchmaschinengeübte Person kann innerhalb kürzester Zeit herausfinden wem das Gebäude in dem die NBS ihren Sitz hat, gehört. Der Verband Interkulturelle Zentren VIZ hat das Gebäude im Jahr 2007 von der Neuapostolischen Kirche gekauft und an die NBS vermietet (darüber berichtete bereits Claudia Keller im Tagesspiegel 2007). Seit der Gründung sind wir damit offen umgegangen und hatten auch keinerlei Bedenken mit diversen Journalisten über das Thema zu sprechen. Trotzdem kann man sich beim Lesen des Artikels nicht des Eindrucks erwehren, es wären verdeckte Ermittlungen betrieben und keine Mühen gescheut worden um Unbekanntes der Öffentlichkeit zu präsentieren. Fakt ist, dass die NBS durchgehend transparent agiert hat und über diese schon bekannten Tatsachen offen mit diversen Akteur*innen gesprochen hat. Zu behaupten die Miethöhe sei unterdurchschnittlich hoch, für ein Gebäude welches sich weder durch die ortsübliche Miete einstuft, noch durch seinen gemeinnützigen Charakter mit anderen gleichsetzen lässt, ist unangemessen und tendenziös. „Unterdurchschnittlich“ setzt Vergleichskategorien voraus, die nicht gegeben sind.“*

Wichtige Nachbemerkung: Der Verfassungsschutz hatte sich mit seiner Einschätzung u. a. auch auf Zeitungsberichte vom rbb von S. Adamek gestützt. Die NBS klagte erfolgreich gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht Berlin. Die Urteilsbegründung ist bemerkenswert und könnte für einen kritischen Journalismus als Grundlage dienen. Das OVG Berlin-Brandenburg hält in seinem Urteil vom 23.07.2018 fest: Die Nennung im Verfassungsschutzbericht ist eine „unzulässige Verdachtsberichterstattung“ und insofern rechtswidrig.

Im Namen von „Ohne Unterschiede. Für einen fairen Umgang mit Muslimen“ (<https://ohne-unterschiede.de/>), 26. 09.2022
Peter Conrad, Rechtsanwalt und Steuerberater, Oberregierungsrat a.D.

Pfarrer i. R. Martin Germer, Stiftung Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche

Dr. Andreas Goetze, Landeskirchlicher Pfarrer für den interreligiösen Dialog (EKBO)

Werner Gräßle, Präsident des Amtsgerichts Lichtenberg

Bernhard Heider, Geschäftsführer von Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung e.V.

Pfarrerin Dr. Gerdi Nützel, Evang. Studierendengemeinde Berlin

Prof. Dr. Werner Schiffauer, Europa Universität Viadrina, Frankfurt / Oder

Winfriede Schreiber, u.a. ehemalige Leiterin des Brandenburger Verfassungsschutzes